

Geschäftsprüfungskommission

Bericht

Direktion: Geschäftsprüfungskommission
Ressort: Oberaufsicht | Ergebnisprüfung | Datenschutzaufsicht
Verfasser: Claudia Gerber
Version: 23. November 2016

Datenschutzbericht 2016

1. Zur Datenschutzaufsicht in der Stadt Burgdorf

Gemäss Art. 33 Abs. 1 des kantonalen Datenschutzgesetzes (KDSG)¹ bezeichnet jede Gemeinde im Kanton eine Aufsichtsstelle für den Datenschutz. Diese steht unter der Oberaufsicht der kantonalen Datenschutzaufsichtsstelle. Die Stadt Burgdorf hat durch Reglemente die Geschäftsprüfungskommission des Stadtrates (GPK) mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe beauftragt (vgl. Art. 18 Abs. 2 Kommissionsreglement² und Art. 10 Datenschutzreglement³).

Die Datenschutzaufsicht ist eine eigenständige, im Wesentlichen vom kantonalen Recht geregelte Aufgabe der GPK. Diese hat die Datenschutzaufsichtsprozesse in ihrem GPK-Handbuch festgelegt. Darüber hinaus prüft die GPK im Rahmen ihrer jährlichen Verwaltungskontrolle bei einer der Direktionen der Stadtverwaltung auch den Datenschutz. Auf einzelne besondere Aufgaben der Aufsichtsstelle für den Datenschutz wird nachfolgend in den entsprechenden Kapiteln hingewiesen. Für ihre Datenschutzaufgaben (z.B. den Beizug externer Fachpersonen) verfügt die GPK über ein eigenes Budget.

Die GPK informiert den Stadtrat jährlich über ihre Tätigkeit als Aufsichtsstelle für Datenschutz (Art. 34 Abs. 1 lit. m KDSG; Art. 14 Abs. 2 DSR). Dazu dient der vorliegende Bericht, der im Internet veröffentlicht wird.

2. Register der Datensammlungen

Jede Gemeinde im Kanton Bern muss ein öffentlich zugängliches, im Internet publiziertes Register der Datensammlungen führen, welches darüber Auskunft gibt, welche Sammlungen von Personendaten (IT-Datenbanken, Register, Adresslisten, Dossiers, etc.) in der Stadtverwaltung vorhanden sind (Art. 18 KDSG). Das Register enthält für jede Datensammlung Angaben über die Rechtsgrundlage, die verantwortlichen Behörden, den Zweck und die Mittel der Bearbeitung, Art und Umfang der bearbeiteten Personendaten, die Personendaten, die anderen Behörden oder privaten Personen regelmässig bekannt gegeben werden sowie die Empfänger und die ordentliche Aufbewahrungszeit der Personendaten. Verantwortlich dafür, dass ein aktuelles Register der Datensammlungen besteht, ist die Aufsichtsstelle (Art. 18 Abs. 1 KDSG), zuständig für den Aufbau und den Betrieb des Register ist aber die Stadtverwaltung (Art. 4 DSR).

Nachdem die Geschäftsprüfungskommission im Datenschutzbericht 2015 gerügt hatte, dass die Darstellung der Register noch nicht einheitlich ist, wurde diese Pendeuz erledigt.

¹ Datenschutzgesetz (KDSG) vom 19. Februar 1986 (BSG 152.04)

² Kommissionsreglement vom 1. Februar 2003

³ Datenschutzreglement (DSR) vom 20. September 2010

3. Anfragen aus der Stadtverwaltung

Das Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission war im Berichtsjahr mit mehreren Anfragen aus der Stadtverwaltung befasst. Es handelte sich insbesondere um folgende Themen:

- **Auskunft über verstorbene Personen**
Bei der Stadtverwaltung ist ein Auskunftsbegehren über eine verstorbene Person eingegangen.
Auskunft über verstorbene Personen ist zu erteilen, wenn ein Interesse an der Auskunft nachgewiesen werden kann und keine überwiegenden Interessen von Angehörigen der verstorbenen Personen oder von Dritten entgegenstehen. Bei naher Verwandtschaft sowie Ehe oder eingetragener Partnerschaft mit der verstorbenen Person gilt der Interessensnachweis als erbracht. Vorbehalten bleiben besondere Geheimhaltungsinteressen.
- **Meldungen betreffend Sozialhilfemissbrauch**
Bei der Stadtverwaltung gehen regelmässig Telefonate ein, bei denen mitgeteilt wird, Personen würden Sozialhilfemissbrauch begehen. Es stellt sich die Frage, wie auf solche Meldungen reagiert werden soll und was den meldenden Personen gesagt wird.
Zudem geht es auch darum, ob der Name der meldenden Person an die Sozialhilfeempfänger weitergegeben werden darf.
Die Weitergabe von Namen ist heikel, es wird daher vorgeschlagen, mit den meldenden Personen abzusprechen, ob der Name weitergegeben werden darf. Den meldenden Personen kann mitgeteilt werden, dass man der Meldung nachgehen wird, sofern die gemeldete Person unterstützt wird.

4. Vorabkontrollen im IT-Bereich (Art. 17 KDSG)

Beabsichtigt eine Behörde, Personendaten einer grösseren Anzahl von Personen elektronisch zu bearbeiten, unterbreitet sie die beabsichtigte Datenbearbeitung vor deren Beginn der Aufsichtsstelle zur Stellungnahme, wenn zweifelhaft ist, ob eine genügende Rechtsgrundlage besteht, besonders schützenswerte Personendaten bearbeitet werden, eine besondere Geheimhaltungspflicht besteht oder technische Mittel mit besonderen Risiken für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Person eingesetzt werden (Art. 17a KDSG).

Die GPK hat im Berichtsjahr keine Vorabkontrolle durchgeführt.

5. Aufsichtsrechtliche Verfahren

Bei der GPK gingen im Berichtsjahr keine aufsichtsrechtlichen Anzeigen (Beschwerden) von Bürgerinnen und Bürgern den Datenschutz betreffend ein.

6. Verfahren betreffend Videoüberwachung

Wenn der Gemeinderat eine Videoüberwachung im öffentlichen Raum beabsichtigt, muss er das Zustimmungsgesuch, das er an die Kantonspolizei stellt, auch der Aufsichtsstelle zur Stellungnahme zukommen lassen (Art. 8 Abs. 1 DSR).

Im Berichtsjahr wurde die GPK nicht mit einem förmlichen Zustimmungsgesuch zur Videoüberwachung befasst.

7. Verfahren betreffend die Entbindung vom Amtsgeheimnis

Für die Entbindung vom Amtsgeheimnis ist gemäss Art. 15 DSR zuständig:

- der Gemeinderat für seine Mitglieder und für das Personal der Stadtverwaltung;
- der Gemeinderat für Mitglieder von Kommissionen, mit Ausnahme von stadträtlichen Kommissionen;
- die Geschäftsprüfungskommission für ihre Mitglieder, ihre Sekretärin bzw. ihren Sekretär sowie die Mitglieder der stadträtlichen Kommissionen.

Der GPK wurde im Berichtsjahr kein Gesuch um Entbindung vom Amtsgeheimnis eingereicht.

8. Besonderes

Im Datenschutzbericht 2015 wurde auf die Problematik der Publikation von Fotos im Internet hingewiesen. Der Gemeinderat hat bekanntlich angekündigt, im Zusammenhang mit der vorgesehenen Überarbeitung des Internetauftrittes eine einheitliche Lösung zu erarbeiten. Da die Überarbeitung des Internetauftrittes noch nicht abgeschlossen ist, ist auch diese Pendeuz noch nicht erledigt.

Geht an:

- die Mitglieder des Stadtrates (zur Information)
- die Präsidialabteilung zur Veröffentlichung im Internet
- die Datenschutzaufsichtsstelle des Kantons Bern